

Zeitschrift: Zürcher Illustrierte
Band: 13 (1937)
Heft: 50

Artikel: Soll die Schweiz 2 Milliarden fahnenflüchtigem Kapital Unterschlupf bieten?

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-752076>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Soll die Schweiz 2 Milliarden

Birgt solches Geld Gefahren oder kann es unserem Lande nützen?

La Suisse a-t-elle raison d'enrayer l'immigration des capitaux étrangers?

Vor einigen Tagen sind Maßnahmen der schweizerischen Nationalbank gegen das Fluchtkapital in Kraft getreten, die im Auslande beträchtliches Aufsehen erregt haben, in der Schweiz aber mit vornehmer Zurückhaltung behandelt wurden. Wenn auch diese stillere Methode oft unnötige Beunruhigung zu vermeiden vermag, so dient sie doch seit den Krisenjahren der Verschleierung wichtiger Landesprobleme und hält das «Volk» von der Erörterung solcher Fragen ab, die, obwohl unbequem, doch dringender Abklärung bedürfen.

Wir leben in einer dramatischen Periode des Umbruchs und des Ueberganges. Welch ein Irrtum zu glauben, daß in einer Zeit fortwährender und tiefgriffiger Wandlungen das Geldwesen unverändert bleiben könnte. Die Ereignisse in aller Welt deuten ja unerbittlich genug darauf hin, daß es aus ist mit dem Eigenleben des Geldes. Es soll der Wirtschaft und der Sozialordnung dienen, statt sie sich zu unterwerfen.

Diese Entwicklung ist unvermeidlich, aber die in vielen Ländern während der letzten Jahre geübten plumpen Methoden waren mehr dazu angetan, das Geld zu verjagen, statt es zur Arbeit anzuhalten. So flüchteten Milliardenbeträge von Rußland nach Europa und Amerika, von Italien nach Frankreich, von Deutschland nach der Schweiz, vor der Pfundabwertung aus England nach Amerika, vor der Dollarabwertung zurück nach Europa, vor den festländischen Abwertungen wieder nach Amerika, vor den Fluchtgeld-Maßnahmen Roosevelts und der zunehmenden Gold-Unsicherheit zurück nach der Alten Welt, wieder heraus aus Volksfront-Frankreich nach der Schweiz...

Unser Land galt von jeher als sicherer Zufluchtsort, aber so war es nicht gemeint wie in den letzten Monaten, wo Hunderte und aber Hunderte von Millionen hereinströmten, bis schließlich am 9. November der Gold- und Devisenbestand der Nationalbank auf 3192 Millionen Franken angewachsen war, wovon etwa 2 Milliarden aus dem Zustrom der Fluchtgelder stammten dürften, die jeden Tag, so unerwartet wie sie gekommen sind, auch wieder zurückgerufen werden können. Die Möglichkeit der schlagartigen Abberufung birgt aber für die Währung und das ganze Kreditgebäude des Gastlandes ernsthafte Gefahren. Unser Noteninstitut hielt es deshalb für seine Pflicht, mit Hilfe eines Gentlemen's agreement, dessen Unterzeichnung von allen schweizerischen Banken verlangt wurde, die Verminderung dieser vagabundierenden Gelder anzustreben, die in unserer Wirtschaft keine feste Anlage suchen. Zu den eigentlichen Maßnahmen äußert sich nebenstehend Prof. G. Bachmann, Präsident des Direktoriums der Schweiz. Nationalbank.

Das Problem des «hot money», des «heißen Geldes» — wie es von Roosevelt, dem Vater des Fluchtgeld-abwehr-Gedankens getauft wurde — hat aber auch noch andere als nur banktechnische Seiten. Wo die engeren Fachleute allzuleicht geneigt sind, nur eine vorübergehende technische Maßnahme zu sehen, hat der fernstehende Beobachter den Eindruck, daß wir uns an einem Wendepunkt des Geldwesens überhaupt befinden. Die «ZI» hat deshalb einige Persönlichkeiten befragt, die außerhalb des Bankwesens stehen und die durch ihre wirtschaftskritische Regsamkeit eine Stellungnahme erwarten ließen, die für die heutige Stimmung im Lande typisch ist.

Dr. Max Beck,
Redaktor der
«Schweizerischen
Handelszeitung»,
Zürich:

«Dadurch, daß die Notenbanken sich damit begnügen, das „heiße Geld“ einander weiterzugeben, ist das Problem nicht gelöst. Früher flüchtete das Geld wegen Regierungskrisen, der Angst vor übertriebenen fiskalischen Maßnahmen usw. zu uns — heute, trotz aufsteigender Konjunktur, flüchtet es wiederum zu uns. Warum eigentlich? Der Unternehmungsgeist ist gehemmt, es gibt zu viele, die meinen, der Staat sei der alleinige Verteiler von Wohlfahrt, Arbeit und Kredit. Wir sind in einem Engpaß von Restriktionen und Maßnahmen, die die Kapitalflucht begünstigen. Die Wirtschaft ist nicht besser. Die sich anstauenden Mengen flüssigen Kapitals sind nichts anderes als der sichtbare Ausdruck für die immer noch herrschende Währungsunsicherheit und für die Furcht des Kapitals vor den nicht endenwollenden Staatseingriffen und kapitalfeindlichen Handlungen der Regierungen. Viele Kapitalbesitzer, die sich in den schweizerischen Wirtschaftsraum begeben haben, verzichten lieber auf jegliche Verzinsung, als sich ungesunden finanziellen Maßnahmen ihrer Regierungen zu beugen. Die heutige internationale Störung der Wirtschaft ist nichts anderes als die traurige, aber wahre Konsequenz autarkischer Pfuscherien aller Art. Währungs-, wirtschafts- und finanzielle Dekrete haben eine Unsicherheit geschaffen, die das Unternehmertum der ganzen Welt lahmgelähmt. Dieser Zustand wird durch kein staatliches Mittel behoben, es sei denn durch Rückgabe der Freiheit.»



Verboten, die das früher so unternehmungslustige Kapital deprimieren. Auch der Grundsatz: „Arbeit geht vor Kapital“ ist falsch. Solange sich nicht die Erkenntnis Bahn bricht, daß die „Arbeit mit dem Kapital“ gehen muß, wird es nicht besser. Die sich anstauenden Mengen flüssigen Kapitals sind nichts anderes als der sichtbare Ausdruck für die immer noch herrschende Währungsunsicherheit und für die Furcht des Kapitals vor den nicht endenwollenden Staatseingriffen und kapitalfeindlichen Handlungen der Regierungen. Viele Kapitalbesitzer, die sich in den schweizerischen Wirtschaftsraum begeben haben, verzichten lieber auf jegliche Verzinsung, als sich ungesunden finanziellen Maßnahmen ihrer Regierungen zu beugen. Die heutige internationale Störung der Wirtschaft ist nichts anderes als die traurige, aber wahre Konsequenz autarkischer Pfuscherien aller Art. Währungs-, wirtschafts- und finanzielle Dekrete haben eine Unsicherheit geschaffen, die das Unternehmertum der ganzen Welt lahmgelähmt. Dieser Zustand wird durch kein staatliches Mittel behoben, es sei denn durch Rückgabe der Freiheit.»

M. Max Beck, rédacteur de «Schweizer. Handelszeitung», Zurich: «Les capitalistes qui se sentent en sûreté dans la «Salle d'attente» suisse se moquent qu'on ne leur paie pas d'intérêts. Ce qu'ils veulent, c'est se soustraire aux mesures chicanières de leurs gouvernements respectifs. Ce n'est point en rejetant d'un pays à l'autre cette masse monétaire que l'on résoudra ce problème. Ce n'est point tant que sévront l'autarchie et les interventions des Etats dans la politique économique que l'on pourra rétablir la prospérité.»

Prof. G. Bachmann,
Präsident
des Direktoriums der
Schweiz. Nationalbank

«Die Nationalbank hat mit den Banken unseres Landes ein Gentlemen's agreement getroffen, dessen Bestimmungen zu einer Verminderung der bei ihnen liegenden ausländischen Gelder führen sollen. Danach werden ausländische Sichtguthaben in Schweizerfranken nicht mehr verzinst und in Gelder mit mindestens dreimonatiger Kündigungfrist umgewandelt. Wenn solche Festgelder kürzer als 6 Monate hier liegen, werden sie einer Kommission (negativer Zins) von 1% unterworfen. Erst wenn die Bindung mindestens 9 Monate beträgt, wird eine Verzinsung bewilligt, die je nach Summe und Bank zur Zeit Bruchteile eines Prozents betragen dürfte. Wir wollten das ausländische Kapital nicht rechtswidrig behandeln, denn schließlich war das fremde Geld uns auch schon sehr nutzlich. Wir wollten nicht wie autoritäre Staaten willkürlich, sondern korrekt vorgehen. Der Bankkunde wird deshalb um seine Zustimmung ersucht. Wer nicht zustimmen will, wird sein Geld abheben und damit ist der Zweck erreicht. Darüber hinaus haben die Maßnahmen eine psychologische Wirkung, die den weiteren Zustrom fremder Gelder mindern dürfte. Es wurde befürchtet, daß, wenn Ausländer in schweizerische Titel steigen, beim Kauf eine künstliche Obligationenhause erzeugt werde und bei plötzlichen massiven Verkäufen eine ungerechtfertigte Baisse. Die befürchteten Einflüsse haben sich in sehr engen Grenzen gehalten. Die durchschnittliche Rendite schweizerischer Obligationen war vor der Bekanntgabe 3,18 %, nachher 3,10 %. Wenn man nun diese Gelder abdrängt, so können sie in Schweizer Noten angelegt werden. Um auch das zu erschweren, fanden sich die Banken bereit, keine Noten in Safes aufzunehmen. Es wird vom Safe-Inhaber eine schriftliche Erklärung verlangt, daß er keine Schweizer Banknoten ins geschlossene Depot lege. Hier müssen wir auf die Ehrlichkeit abstellen. Es gibt gewiß noch Leute, die keine unterschriftliche Verpflichtung abgeben, wenn sie nicht dazu stehen wollen. Eine Verletzung des Bankgeheimnisses ist das nicht. Eine Ausnahme: Ausländische Banken können im normalen Rahmen über ihre Guthaben für den laufenden Verkehr jederzeit verfügen. Wo ist nun die Grenze zwischen erwünschtem kommerziellem Auslandsgeld und dem unerwünschten Fluchtgeld? Wenn ein Ausländer die Maschinen bestellt und eine große Anzahlung bei der Bank deponiert — wenn jemand vor dem Kauf für fälligwerdende Schulden bereitstellt —, wenn jemand Mittel für Kuren oder Lehrinstitute zur Verfügung halten will —, so ist all dies kein „hot money“, sondern wirtschaftlich sehr erwünschtes Geld. Für die sorgfältige Unterscheidung sind wir auf die Mithilfe der Banken angewiesen. Wir nehmen an, daß wenn eine teilweise Bindung dieser Gelder erfolgt, sich für die Inlandswirtschaft eine Zinsverbilligung ergeben könnte. Sache der Banken ist es nun, den Umständen entsprechend zu handeln.»

M. Bachmann, président du conseil de la Banque nationale (B. N.) veut bien nous résumer les mesures prises à cet effet, mesures qui font l'objet d'un gentlemen's agreement entre la B. N. et les banques en Suisse: «L'argent venant de l'étranger qui, jusqu'ici, pouvait être placé à vue, devra dorénavant être engagé à un terme minimum de trois mois et de toutes façons, ne rapportera alors point d'intérêts. Au contraire, si le terme de dépôt est inférieur à six mois, cet argent sera grevé d'un intérêt négatif (que l'on baptise commission de dépôt) de 1 pour cent. Un très modeste intérêt d'une fraction de 1% sera dévolu aux capitaux déposés à un terme de plus de 9 mois. Ces mesures risquent, certes, d'inciter à la théssaurisation. On a prévu ce cas. Les clients étrangers qui retirent leurs fonds de nos banques sont priés de signer une déclaration, par laquelle ils s'engagent à ne pas conserver dans leurs safes des billets de banque suisses. Ainsi, on peut donc espérer réduire la pléthora artificielle des capitaux et revenir à un état plus stable, ce qui pourrait amener une diminution du taux des intérêts.» — Le problème des capitaux vagabonds a d'autres aspects qu'un intérêt strictement bancaire, ce pourquoi ZI a jugé intéressant de solliciter les opinions de quelques personnalités de notre pays, opinions que vous trouverez ci-contre.



Photopress

**Prof. Dr. A. Rohn,
Präsident des Schweiz. Schulrates, Zürich:**

«Vor 20 Jahren sage ich, nach einer Reise durch die USA: „Der Unterschied zwischen den größten und den kleinsten Demokratien der Welt besteht darin, daß man es in USA versteht, sich miteinander emporzuheben, und in der Schweiz... sich gegenseitig niederknallen.“ Dies ist keine Kritik, sondern eine Feststellung, die in der intellektuellen Topographie unserer Landes begründet liegt. Eine Feststellung, der wir durch Verschränkungen unseres geistigen und materiellen Lebens auf dem Rücken tragen müssen. Das gefällt mir jetzt ein, wo ich befragt werde, ob es denkbar sei, das bei dem bestehenden Fluchtkapital für die schweizerische Volkswirtschaft nutzbar zu machen. Es wäre zu begrüßen, wenn die Banken unserer Exportlandes mit Konkurrenz auf dem Weltmarkt suchen, deren Beteiligung große Investitionen erfordert, namentlich mit Industriekapitalistern usw. Ich denke dabei weniger an Neugründungen, als an die Erweiterung solcher bestehender Industrien, die besonders aktuell sind. Wir haben in unserem Lande außerordentlich viele Intellektuelle, die sich auf geringem Raum aufzutragen suchen. So wie es möglich ist, umzutauschen die unbearbeitbaren Zonen ist es schaft, daß der Industrie angegängte Konkurrenz Lebensraum für andere Berufe. Diesen für ein Exportland wichtigsten Lebensraum erweitern zu helfen, sollte vornehmste Pflicht des modernen Bankmannes sein. Deshalb sollte gleichzeitig mit den Abwehrmaßnahmen gegen unser bestehendes Fluchtkapital alles versucht werden, um erwünschtes, billiges Geld auf lange Sicht bei uns arbeiten zu lassen. Eine bessere Koordination der Kräfte, die unsere nationalen Notwendigkeiten sind, ist die Voraussetzung dazu.»

Proj. A. Rohn, président du conseil de l'E. P. F., Zürich: «Il serait souhaitable que les banquiers aient un plus grand contact avec les artisans techniques et scientifiques de la Suisse future. Cet agent qui reste impraticable, qu'on le fasse travailler à élargir le rayon d'action de notre économie nationale.»



**Dr. Max Weber,
Sekretär des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Bern:**

«Es wäre sehr zu begrüßen, wenn man die Zusammenflüchtenden Kapitalgelder einzufangen könnte, da er für unsere Volkswirtschaft ungeheure Unstabilität verursachen könnte. Ob die von der Nationalbank getroffenen Maßnahmen genügen und zweckmäßig sind, bleibt abzuwarten. Sie werden mehr schaden als nützen, wenn sie das ausländische Geld zu Anlagen in schweizerischen Wertpapieren oder gar in Grund und Boden veranlassen — das Weißland sollten ganze Strafen mit französischem Fluchtgold gekauft worden sein. Das wäre noch gefährlicher als kurzfristige Bankguthaben, da im einen Fall die schweizerische Zinspolitik durch das Fluchtkapital beeinflußt würde, im anderen Fall eine Verteuerung unseres unheimlich übererteuerten Bodens eintreten müßte. Wenn auch die neuen Vorschriften das Horten von Frankennoten in schweizerischen Safes verhindern wollen, so können sie doch das schädliche Handeln unserer Zahlungsmittel in ausländischen Safes nicht verhindern. Gelingt es nicht, soviel Kapital, das die Banken dazu verloren haben, die auf 9 Monate oder länger bei ihnen angelegt, aus dem Landesland wieder an das Ausland auszuleihen, dann damit gehen sie Risiken ein, die unserem Lande ungeheure Verluste bringen könnten, genau wie die fehlerhafte Anlagepolitik des Ausbruchs der Krise gezeigt hat. Eine solche Maßnahme gegen das „schlechte Gold“ schafft mit einer Erhöhung des Bindewertes oder der Nationalbank Währungen, die dahin laufen, daß die Schweiz den wichtigen Wechselkurs zu den ausländischen Währungen, namentlich zu Dollar und Pfund, aufrechtzuhalten gedenkt — daß jedenfalls eine Kurserhöhung des Franken nicht in Frage komme. Sobald das Kapital weiß, daß es sich vor einer Abwertung Amerikas oder Großbritanniens nicht durch Flucht in den schweizerischen Franken schützen kann, verliert es die Lust am Hin- und Herwandern zwischen New York und London oder Zürich.»

Max Weber, secrétaire des syndicats ouvriers suisses, Berne: «Nul doute que les mesures prises par la B. N. présentent un certain danger. Qui peut empêcher les capitalistes étrangers de procéder à des achats massifs de titres suisses ou de biens immobiliers en Suisse? Quant à la bâsaurisation que l'on veut empêcher, il n'est pas possible de défendre à ces mêmes capitalistes de conserver des billets de banque suisses dans les safes qu'ils ont à l'étranger.»

**Prof. Dr. O. Howald,
Schweizerisches Bauernsekretariat, Brugg:**

«Das Fluchtkapital, von dem man nicht weiß, wie lange es sich hier aufzuhalten will, nützt den langfristigen landwirtschaftlichen Kredit nichts, im Gegenteil, der Umstand, daß 2 Milliarden Franken auf dem Markt führt, zu ungünstigen und belastenden Verhältnissen. Der landwirtschaftliche Bauern läßt sich leichter auf die Auffrisung ein. „Hab doch das Geld, dann sind wir wieder“! Es ist dem einfachen Mann sehr schwer, bestimmen zu lassen, daß dieses Geld nicht wider den Willen seiner Eigentümer umgeleitet werden kann. Aus diesem Grunde begrüße ich die Maßnahmen gegen dasjenige Kapital, das bei uns nur Unterschupf, aber keinen Platz steht. Ob es möglich ist, die Gärten zu festigen, um sie der eigenen Volkswirtschaft zuute kommen zu lassen, bei einer Bindung von 9 Monaten an aufwärts sich auswirkt auf den landwirtschaftlichen Hypothekarmarkt, ist fraglich. Was die Landwirtschaft braucht, ist eine durchgreifende Zinsenkung auf lange Sicht. Jede Zinsfußreduktion auf landwirtschaftliche Hypotheken wirkt sich aber nur dann gerecht aus, wenn sie nicht auf die anderen Hypotheken übertragen wird. Ich denke, daß die Hypotheken davon profitieren, sonst namentlich die der amüsanten Landwirte, die in den Zwanzigerjahren Geld zu ungünstigen Bedingungen aufnehmen mußten und sich dabei stark verschuldeten. Wie dieser Ausgleich geschaffen werden kann, das ist eine Aufgabe, die des Schweizers der Besten ist.»

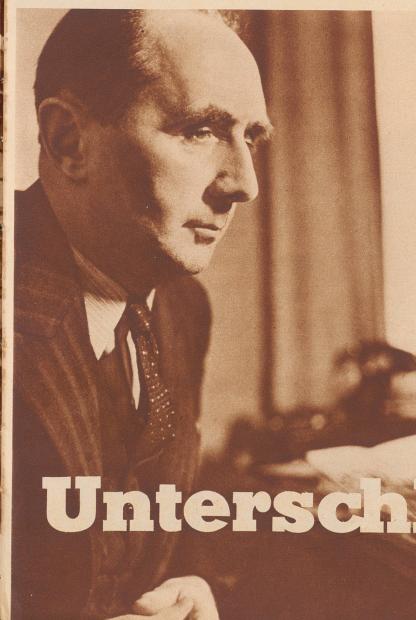
Proj. O. Howald, secrétaire des paysans suisses, Brugg: «Les mesures prises par la B. N. me semblent excellentes. Elles ont quelque chose d'apaisant. Ce tait d'ailleurs comparé à la masse des dettes payasiennes entretenue dans certains esprits des illusions primitives. J'espère que les mesures vont permettre au paysan d'obtenir à meilleur compte des crédits agricoles.»



**Prof. Dr. H. Bernoulli, ETH,
Präsident des Schweizer Freiwirtschaftsbundes, Basel:**

«Ich muß Ihnen mit einem alten Kapitalistenspruch kommen: Es ist leichter, ein Vermögen zu erwerben als zu bewahren! Es gibt Umstände, unter denen das renditestrigste Kapital klein beigibt, nur um Substanzerlusten zu entgehen. Dann ist die Sicherheit auf Jahre hin zu gewinnen, aber es kann kleinere oder gar keine Zins auszurichten. Falls die derzeitigen Umstände andauern, kann ich das Kapital sogar nicht gewinnen. Ich kann es in die Sicherheit hineinnehmen, vorrangigste, daß seine Kaufkraft auf lange Zeit gesichert wird. Die Sicherheit der Rückzahlung könnte also gegen den Zinsanspruch ausgespielt werden. Wenn die Nationalbank sich dazu verstehtet würde, die Kaufkraft zu sichern — so daß man mit einem schweizerischen Kredit 1938 gleichviel kaufen könnte wie heute — so wäre es bestimmt möglich. — Tatsächlich habe ich keinen Gedanken an der Wirtschaft zu noch mit den bestehenden Bedingungen zur Verfügung zu stellen, was unserer Konkurrenzentspannung gegenüber dem Auslande, in Anbetracht unserer phantastischen Verschuldung, sofort hängt. Der Reorganisation des Hypothekarwesens, die u. a. dadurch möglich wäre, steht aber noch das Ende der bestehenden Zinssätze beruhenden Verträge entgegen. Deren Umwandlung in eine niedrigere Zinsrate würde die ganze Rechnung z. B. unserer Versicherungsschäfchen über den Haufen werfen, wenn nicht ein praktikabler Ausgleich zwischen Alt- und Neu-Hypotheken gefunden würde.»

Proj. H. Bernoulli, président de l'Union suisse pour l'économie franche, Bâle: «Si la B. N. se résolvait à garantir le pouvoir d'achat integral des capitaux réfugiés en Suisse, il est presque certain que ceux-ci se fixeraient en Suisse à long terme et constituerait à des taux très avantageux de prises de ressources pour le développement de notre économie nationale et aideraient au retour d'une saine prospérité.»



**Dr. H. Walder
vom «Landesring der Unabhängigen»:**

«Meines Erachtens ist die Schweiz im Begriffe, eine Gelegenheit zu verpassen, Leihkapital zu Bedingungen zu bekommen, die sobald nicht wieder geändert werden, eine Versteigerung, es gäbe wenig Anlagemöglichkeiten in der Schweiz, antwortete ich. Ich kann Ihnen nur sagen, daß die Schweiz keine und wenig Initiative haben und sich überhaupt nicht bemühen, auf lange Sicht zu planen. Es ist ja nicht der leiste Versuch gemacht worden, dieses Fluchtkapital auf langfristige Investitionen in die Schweiz zu interessieren. Wenn wir nur zweckmäßig die Leute der Welt hätten, Energie und Rüstungsbereiche, so wäre es sicher möglich gewesen, und es ist auch zur Stunde noch möglich —, zum mindesten einer der großen Aufgaben in Angriff zu nehmen, die in der Richtung der künftigen technischen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes liegen.»

M. H. Walder, de l'Union des Indépendants: «La Suisse est en train de manquer une magnifique occasion de se priver de gros capitaux à des taux très avantageux. On a à peine à assurer des placements à long terme. Je réponds: Non! banquiers n'ont pas fait le monde, mais d'assez de capitaines d'industries étrangères à des placements à long terme. Si nous possédions une poignée de financiers intelligents, il serait possible de réaliser de suite les grands investissements nécessaires au développement futur du pays.»

Bearbeitung: F. A. Roedelberger
Photos: Gotthard Schuh

fahnenflüchtigem Kapital

Unterschlupf bieten

